

Schwedter Tageblatt

Ver kündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 222

Mittwoch, den 22. September 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

Der deutsche Außenhandel zeigt im August einen Einfuhrüberschuß von insgesamt 135 Millionen Mark, im reinen Warenverkehr 86 Millionen Mark gegen 108 Millionen im Juli und 33 Millionen im Juni.

In der letzten Sitzung des Völkerbundsrates wurde über die memelländischen Beschwerden und über die Finanzlage Danzigs verhandelt, wobei Dr. Stresemann wiederholt das Wort ergriff.

Ein amtliches Communiqué aus Paris meldet, daß die französische Regierung die Politik Briands billigt und die Verhandlungen fortgesetzt sehen möchte.

Das Abkommen zwischen Polen und Danzig über den neuen Verteilungsschlüssel der Zolleinkünfte der Danziger polnischen Zollunion wurde in Genf unterzeichnet.

Wie aus Stockholm amtlich mitgeteilt wird, hat die Verlobung des Kronprinzen Leopold von Belgien mit der Prinzessin Astrid von Schweden, Tochter des Prinzen Carl, stattgefunden.

In Budapest ist wieder eine falsche 1000-Franken-Note entdeckt worden.

Das Ende der Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich?

Briand mag viel. Er mag den Kampf gegen geschichtliche Ueberlieferungen. Vor 400 Jahren begannen die französischen Bestrebungen, die Grenze gegen das „alterschwach“ gewordene Deutsche Reich vorzuschieben. Im 16. Jahrhundert wurde auch Metz ohne jeden Rechtsgrund besetzt und damit die Mosel erreicht. Hundert Jahre später, im Dreißigjährigen Kriege, besetzten die Franzosen Straßburg und gelangten an den Rhein. Seither währt dieser Kampf, seither besteht das Verlangen, am Rhein zu bleiben. Dies Verlangen ist so ausgeprägt, daß man sehr wohl sagen kann, daß es jedem Franzosen in Fleisch und Blut übergegangen ist. Nur Briand folgt der Vernunft und den veränderten Zeitverhältnissen. Die Verhandlungen mit Stresemann in Thoiry müssen ihn notgedrungen mit einem großen Teil seines Volkes in Gegensatz bringen. Und nicht nur mit seinem Volk. Auch mit seinen Ministerkollegen. Auch mit dem Leiter des Kabinetts: mit Poincaré. Wird Poincaré der Politik Briands zustimmen?

Dies ist die Frage, die nicht nur in Frankreich, sondern auch bei uns und in ganz Europa am meisten interessiert. Paris sieht mit größter Spannung der Entscheidung des Kabinetts entgegen. Man spricht von Krisenstimmung. Man befürchtet, es werde Krach abgehen. Gavas dagegen erklärt, es sei alles in bester Ordnung, das Kabinett sei völlig der Auffassung Briands, da seine Abmachungen ja keine Festlegung der französischen Außenpolitik bedeuten, sondern mit der Richtung der Regierung übereinstimmen.

Aber die Krisengerüche kehren wieder. Man glaubt sogar, daß die neue Frankenkaiserin auf diese Unsicherheit zurückzuführen ist. Nach ruhigen Beurteilungen ist diese Befürchtung übertrieben. Poincaré, Barthou, Lardieu und Bokanowski, schreibt der nationale „Intranjigeant“, werden das größte Augenmerk darauf richten, ob die in Thoiry in ihren großen Zügen festgelegte Absicht sich auch in den Rahmen des Versailler Vertrages einreihen lasse und ob die Unantastbarkeit dieses Vertrages selbst gewährleistet sei. Es werde auch nicht an der Frage fehlen, ob der Dawesplan Deutschland überhaupt die Freiheit läßt, eine Sonderentscheidung zu treffen, von der seit Thoiry vielfach die Rede sei. Dagegen erwartet man, daß Painlevé und Perrier Briand in seinen Bestrebungen unterstützen werden. In der Tat muß man ja einige Befürchtungen hegen, wenn man bedenkt, daß an der Spitze der Pariser Regierung nicht nur Poincaré steht, sondern auch Barthou, der Präsident der ehemaligen großen Reparationskommission, Lardieu, der Macher des Versailler Vertrages; Bokanowski und Marin. Das sind scharfe Gegner einer Verständigung mit Deutschland, denn sie haben stets dagegen gekämpft. Es ist nicht anzunehmen, daß sie durch ihren Eintritt in das Ministerium ihre Auffassung geändert haben und daß sie den Burgfrieden, der im Hinblick auf die finanzielle und monetäre Gesundung beschloffen wurde, auch auf die Außenpolitik auszuweiten bereit sind. Gewisse Blätter der Rechten verlangen sogar, es solle im Notfall das Parlament einberufen werden, ehe in der Außenpolitik Briand völlig freie Hand gelassen werden könne. Sowohl die unmittelbare Verminderung der Besatzungsstruppen als die Räumung der zweiten und dritten Zone im nächsten Jahre, wie die Aufhebung der internationalen Militärkontrolle oder gar die Rückgabe des Saargebietes vor

1935, das alles seien ebenso wie die finanziellen Kompensationen, die das Reich dafür bieten könne, Dinge, die weit über den Inhalt der Besprechungen von Thoiry hinausgingen.

Es sind ferner Stimmen laut geworden, die behaupten, daß England von einer deutsch-französischen Annäherung durchaus nicht entzückt sei. Demgegenüber erklärt die Londoner „Morning Post“, das Gegenteil sei der Fall, „denn die britische Regierung sehe diesen Bemühungen sympathisch gegenüber“. Besonders jetzt, wo es durch die Locarno-Verträge an das Schicksal des übrigen Europas gebunden sei, habe England großes Interesse an allem, was zur Förderung des Friedens beitrage.

Schon die nächsten Tage werden uns darüber belehren, wie es um diesen Frieden bestellt ist und ob jene 400 Jahre alte Tradition Frankreichs zu Ende gegangen ist.

Memel und Danzig vor dem Völkerbund.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Völkerbundsrat.

Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates vom 20. September, der zweiten, an der Stresemann teilnahm, standen neben weniger wichtigen Punkten die Beschwerden des memelländischen Landtags über die Verletzung des Memelabkommens durch die litauische Regierung, sowie der Bericht der Finanzkommission und des Oberkommissars über die Finanzlage der Freien Stadt Danzig.

Die Memeler Frage vertagt.

Der Delegierte von Salvador, Quercaro, berichtete über die Beschwerden des memelländischen Landtags. Dabei handelte es sich vorläufig weniger über die Beschwerden selbst, als um die Frage des Verfahrens, und ob der Rat bestimmungsgemäß weiter mit der Sache zu befassen sei. Dr. Stresemann erklärte, er sei noch nicht in der Lage gewesen, das Material genau zu prüfen. Nach seiner Auffassung sei es eine Frage von minderer Bedeutung, an wen die Beschwerde zu richten sei. Wichtig sei jedoch, daß jede im Rat vertretene Macht das Recht habe, eine Frage dieser Art einzubringen und zu prüfen. Der englische Vertreter Lord Cecil stimmte dieser Ansicht zu, ebenso Celalaja. Wie sich aus der Verhandlung ergab, ist ein gewisses Einvernehmen darüber erreicht worden, daß mit Rücksicht auf die inzwischen erzielte zeitweilige Vereinstimmung der hauptsächlichsten Streitfragen der memelländischen Bevölkerung und Litauen die prinzipielle Entscheidung über die Korrektheit oder Inzulässigkeit des bei der Beschwerde beobachteten Verfahrens verschoben wird.

Die Danziger Anleihefrage.

Dem deutschen Wunsche entsprechend.

Den Bericht über die Finanzlage der Stadt Danzig erstattete der Belgier de Broquere. Die vom Finanzkomitee empfohlenen Maßnahmen lauteten: Herabsetzung der Ausgaben, Einführung des Tabakmonopols, vorläufiges Abkommen betreffs Festsetzung eines bestimmten Betrages der Zolleinnahmen für die Stadt Danzig. Nach Durchführung dieser Maßnahmen kann der Abschluß einer Anleihe empfohlen werden, indessen müßten vorher noch drei Punkte geregelt werden, nämlich die Verpflichtungen auf Grund des Friedensvertrages, das Abkommen mit Polen betreffend die Verteilung der Zolleinnahmen und die Einführung des Tabakmonopols. Wenn Danzig bis zur nächsten Ratssitzung diese Frage gelöst habe, könne das Finanzkomitee eine Anleihe von 30 Millionen Gulden empfehlen.

Deutschlands Interesse an Danzig.

Sodann schilderte der Senatspräsident von Danzig, Dr. Sahm, die schwere Wirtschaftskrise in Danzig. Abgesehen von den enormen Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge und den Verminderungen der Steuereinnahmen habe sich als besonders ungünstig das Sinken der Einnahmen aus den Zöllen erwiesen.

Nach den Ausführungen Sahms ergriff Dr. Stresemann neuerdings das Wort, um auf das Interesse Deutschlands an der Lage Danzigs hinzuweisen. Er sprach die Hoffnung aus, daß durch die zwischen Polen und Danzig schwebenden Verhandlungen und auch durch die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen Abschlußes eines Handelsvertrages die wirtschaftliche Lage Danzigs sich bessern möge. Verlangten aber müsse er vom Räte, daß er Danzig jene Bewegungsfreiheit gebe, in dringenden Fällen kurzfristige Anleihen aufnehmen zu können, z. B. in der Frage der Erwerbslosenunterstützung.

Eine solche Möglichkeit sei im Bericht vorgesehen, erklärten der Berichterstatter und Lord Cecil. Des-

gleichen betonte dies der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, von Hamel. In diesem Zusammenhang verlangte Senatspräsident Dr. Sahm vom Räte, dem Präsidenten des Finanzkomitees die Ermächtigung zu erteilen, in dringenden Fällen Danzig zu gestatten, Finanzmaßnahmen solcher Art zu treffen.

Mit dieser Lösung erklärte Stresemann sich einverstanden. Der Vorsitzende des Rates, Dr. Benesch, stellte fest, daß der Bericht des Finanzkomitees angenommen sei. Es solle dem deutschen Wunsche Rechnung getragen werden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß diese Beratungen über Danzig für Deutschland keinen Mißerfolg bedeuteten.

Briands Sieg im Kabinett.

Die französische Regierung billigt die Politik von Genf und Thoiry.

Im Anschluß an den Ministerrat in Paris wurde folgender Bericht ausgegeben:

Briand hat dem Ministerrat über die Haltung und die Arbeit der französischen Delegation in Genf Bericht erstattet. Die Regierung beglückwünschte Briand zu den erzielten Ergebnissen. Briand unterrichtete den Ministerrat auch über seine Unterredungen mit Dr. Stresemann. Die Regierung stimmte mit ihm vollkommen überein in der Bedeutung dieser Besprechungen und hält es für vorteilhaft, dieselben fortzusetzen. Im nächsten Ministerrat werden die technischen Probleme behandelt werden, die die Besprechungen aufwerfen könnten.

Die größte Ueberraschung dürfte diese Mitteilung wohl in Paris selbst auslösen, wo die Luft doch von Gerüchten über Krisenstimmung geladen war. Aber auch in Deutschland hätte man an eine solche glatte Billigung nicht gedacht. Allerdings hätte das Kabinett Poincaré eine schwere Verantwortung auf sich geladen, wenn es Briands Absichten zunichte gemacht hätte. Besonders in Amerika hätte man für eine solche Ablehnung keinerlei Verständnis gehabt. Wer weiß, ob nicht gerade diese Erwägung für die Zustimmung des Kabinetts ausschlaggebend war? Immerhin braucht man dennoch nicht anzunehmen, daß wirklich alle Vermutnisse beseitigt sind. Der Ministerrat hat sich vorläufig nur mit dem Prinzip der „Thoiry-Aera“ einverstanden erklärt. Schwierigkeiten sind sicher dann zu erwarten, wenn es gilt, Näheres zu erörtern und in Daten umzusetzen.

Politische Rundschau.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt in der Wiener Universität seinen angekündigten Vortrag über die Geschichte der Marktstabilisierung. Dem Vortrage wohnten u. a. auch der Bundespräsident Dr. Hainisch sowie die Mitglieder der Regierung, ferner Vertreter der Universität, der Bankwelt und des Wirtschaftslebens bei. Dr. Schacht benutzte seinen Wiener Aufenthalt auch dazu, mit den maßgebenden Kreisen Fühlung zu nehmen.

Die Lohnverhandlungen im oberösterreichischen Steinkohlenbergbau sind gescheitert. Die Bergarbeiterorganisationen verlangten eine Lohnerhöhung um 15 Prozent, während die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ablehnten, woraufhin die Verhandlungen abgebrochen wurden. Die Bergarbeiterorganisationen haben darauf sofort das Reichsarbeitsministerium angerufen und die Einleitung eines Schiedsverfahrens beantragt.

Ausland.

Das englische Unterhaus tritt nächste Woche zur Verlängerung der Ausnahmemaßnahmen zu einer zweiten Sondersitzung zusammen.

Nach einer Meldung aus Mexiko wurden 200 katholische Männer und Frauen wegen Teilnahme an religiösen Handlungen verhaftet.

Nach einer Blättermeldung aus Peking ist das Kabinett zurückgetreten. Man erwartet, daß Tschangtschün das neue Kabinett bilden werde.

Oesterreichs Anschluß an Deutschland.

Der frühere serbische Minister Raditsch erklärte dem Vertreter des Pariser „Journal des Debats“ in Genf, es liege in der Logik der Ereignisse, daß man eines Tages mit dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland rechnen müsse. Es